

<https://www.rt.com/news/630889-trump-is-not-bluffing/>

## Trump blufft nicht in Bezug auf Grönland

***Die USA bauen eine ressourcenorientierte Weltordnung auf, die auf Energiedominanz, territorialer Macht und der strategischen Schwäche Europas basiert.***

13. Januar 2026 | Dmitry Evstafiew

Als US-Präsident Donald Trump auf das Thema des Erwerbs Grönlands zurückkam – das noch vor einem Monat weitgehend in Vergessenheit geraten schien –, wurde diese Idee insbesondere in Europa nicht als reine „Theatralik“ betrachtet. Und dabei geht es nicht nur um den „Maduro-Effekt“. Hinter Trumps provokativen Äußerungen verbirgt sich eine klare geopolitische Strategie, die man als „neuen Globalismus“ bezeichnen könnte. Dieser Ansatz ist weitaus wirtschaftlicher fundiert als das Konzept der Globalisierung, selbst als das einer US-zentrierten Globalisierung.

Trumps „neuer Globalismus“ besteht aus drei logisch miteinander verbundenen Komponenten:

- Neuinterpretation der Monroe-Doktrin (Man könnte sich fragen, ob Trump auch die Philippinen als Teil dieses „Großamerikas“ betrachtet...)
- Umwandlung der USA in eine Energiesupermacht, die die Spielregeln auf dem Kohlenwasserstoffmarkt, insbesondere im regionalen Handel, monopolisiert
- Stärkung des Status der USA als Supermacht in der Arktis – eine Position, die die USA derzeit nur nominell innehaben

Trumps Vorgehen ist durchaus logisch: Die Zerschlagung des Regimes von Nicolas Maduro ist entscheidend, um die Ressourcen Lateinamerikas zu einer Quelle kurzfristiger wirtschaftlicher Stabilität für die USA zu machen. Dies ist Trumps „Eintrittskarte“ in die Welt des „neuen Globalismus“. Amerika kann nur dann zu einer Energiesupermacht werden, wenn es die Kontrolle über die Ölressourcen Venezuelas (und schließlich auch Brasiliens und Irans) erlangt und „Schattenflotten“ so schnell wie möglich beseitigt. Ebenso ist die Erlangung der vollständigen rechtlichen Kontrolle über Grönland unerlässlich, um die USA als arktische Macht zu etablieren. Andernfalls wäre es für die USA schwierig, ihre Wettbewerbsfähigkeit als Energiesupermacht nach 2030 aufrechtzuerhalten.

Sicherlich könnte ein evolutionärer Weg darin bestehen, in ein kostspieliges und langwieriges Programm zur Wiederbelebung Alaskas zu investieren. Das würde jedoch Jahre, wenn nicht Jahrzehnte dauern. Grönland hingegen bietet die Möglichkeit, schnell einen neuen politischen und geografischen Status zu festigen.

Trump handelt systematisch und wählt seine nächsten Schritte auf der Grundlage der wahrgenommenen Schwächen seiner geopolitischen Konkurrenten. Offenbar glaubt er, dass Europa ausreichend geschwächt ist, um Diskussionen über den Status Grönlands auf einer ganz anderen Ebene zu führen als im Frühjahr 2025, als er zurückstecken musste. Trump sprach darüber kürzlich in einem Gespräch mit Reportern. „Wissen Sie, wie ihre Verteidigung aussieht? Zwei Hundeschlitten“, sagte

er auf die Frage, ob die USA Grönland oder Dänemark einen politischen Vorschlag unterbreitet hätten. Er fügte hinzu, dass russische und chinesische Zerstörer und U-Boote mittlerweile „überall“ zu finden seien.

Wir sollten auch beachten, dass Trump bei der Diskussion über Grönland direkt die Unfähigkeit der NATO hervor hob, die Insel vor externen Bedrohungen zu schützen, selbst vor erfundenen (wie der Aussicht, dass Russland und China das Gebiet erobern könnten). Trumps Botschaft ist klar: Er beabsichtigt, alle schlecht verteidigten „Vermögenswerte“ zurückzugewinnen.

Trumps Besessenheit von der Idee, Grönland zu erwerben, könnte auch darauf zurückzuführen sein, dass es den europäischen Staats- und Regierungschefs trotz ihrer Beteuerungen, bereit zu sein, die volle Verantwortung für die Sicherheit Europas zu übernehmen, nicht gelungen ist, eine auch nur ansatzweise koalitionsfähige „Koalition der Willigen“ zu bilden. Eine geplante Truppe von 200.000 Soldaten schrumpfte innerhalb von sechs Monaten auf nur noch 40.000 – und es ist unwahrscheinlich, dass die Europäer überhaupt in der Lage wären, eine solche Streitmacht aufzubringen. Folglich dürften gemeinsame Initiativen Großbritanniens, Deutschlands und Frankreichs Trump kaum beeindrucken.

Die Erkenntnis ihrer eigenen militärischen Schwäche verunsichert die Europäer zutiefst. Die großen Länder Europas wären vielleicht bereit, Grönland zu opfern. Sollte Trump jedoch Erfolg haben, würden diese Nationen im Grunde zu seiner „Ressource“ werden und ihre politische Stimme sogar innerhalb der NATO verlieren, die einst als „Union gleichberechtigter Demokratien“ galt. Sollte die Operation in Bezug auf Grönland durchgeführt werden, stünde Trump außerdem nichts mehr im Weg, was Kanada betrifft.

Wie kann Europa dem „neuen Globalismus“ Amerikas entgegenwirken? Wie bereits erwähnt, existieren militärische Optionen nur in der Rhetorik europäischer Politiker, die darauf abzielt, die öffentliche Meinung im eigenen Land zu beeinflussen. Die Kritik des britischen Premierministers Keir Starmer in den britischen Medien deutet jedoch darauf hin, dass diese Strategie ins Stocken geraten ist. Politische Mittel bleiben Europas einzige Möglichkeit. Aber auch hier sind die Optionen begrenzt.

Große Hoffnungen wurden in die euro-atlantische Solidarität und die Fähigkeit gesetzt, Trump „zahlmäßig zu übertrumpfen“ (wie wir es in der Situation mit der Ukraine gesehen haben), beispielsweise durch die Nutzung der Konsultationsmechanismen der NATO. Trump hat jedoch deutlich gemacht, dass er Entscheidungen einseitig und außerhalb jeglicher rechtlicher Rahmenbedingungen treffen wird. Dennoch könnten die europäischen Staats- und Regierungschefs sich auf Artikel 5 des NATO-Vertrags berufen. Wenn sie einen solchen Schritt unternehmen, könnte dies den Anfang vom Ende des Bündnisses bedeuten.

Die Diskussion um Grönland – im Wesentlichen um die territoriale Integrität eines NATO-Mitgliedstaates, insbesondere eines ihrer Gründungsmitglieder – würde das Kernprinzip der NATO grundlegend untergraben: die Aufrechterhaltung der internen geopolitischen Integrität des Bündnisses bei gleichzeitiger Bekämpfung externer Bedrohungen und Beseitigung aller internen Risiken.

Ein produktiver Ansatz könnte darin bestehen, Trump in Bezug auf den Status Grönlands zu einer Art „Mittelweg“ zu drängen, beispielsweise durch die Einrichtung eines amerikanischen militärischen und wirtschaftlichen Protektorats über die Insel. Trotz Trumps Aussagen, dass er nur an einer

vollständigen Annexion interessiert sei, könnte diese Alternative unter bestimmten Bedingungen realisierbar sein. Man denke nur daran, wie Trump mit der Situation in Venezuela umgegangen ist:

Nachdem er sich bereit für eine „zweite Phase“ des Konflikts erklärt hatte, machte Trump schnell einen Rückzieher und nahm [Verhandlungen](#) mit der amtierenden venezolanischen Präsidentin Delcy Rodriguez auf, als er erkannte, dass die wirtschaftlichen Interessen der USA gewahrt bleiben könnten und das Regime sich einer proamerikanischen und antichinesischen Politik anschließen würde. Ein ähnliches Szenario könnte sich auch in Grönland abspielen.

Dies könnte geschehen, wenn die europäischen Staats- und Regierungschefs einflussreiche Verbündete innerhalb der USA finden und die Ressourcen der US-Regierung auf andere Krisen umgeleitet werden. Man sollte Trumps Fähigkeit nicht unterschätzen, vorübergehend zurückzutreten, um das Thema dann wieder aufzugreifen, wenn die Umstände günstiger sind.